

Pressemitteilung

Hausaufgaben = Hausfriedensbruch?

Vortragsveranstaltung zum 10jährigen Bestehen der Aktion Humane Schule NRW

Einen Grund zum Feiern sieht die Aktion Humane Schule NRW (AHS) nicht in ihrem 10jährigen Bestehen. „Dass wir nach zehn Jahren immer noch nötig sind, nehmen wir als Ansporn, uns weiter für mehr Menschlichkeit in der Schule einzusetzen“, sagte AHS-Landesvorsitzende Felicitas Kocks am vergangenen Dienstag (3. Mai) vor 100 Gästen in Niederkassel-Lülsdorf. Darum werde das Jubiläum nicht mit einem Festakt, sondern einer Vortragsveranstaltung zum Thema „Hausaufgaben = Hausfriedensbruch?“ gewürdigt. Schließlich könne die Hausaufgabenpraxis ein Maßstab für humane Schule sein.

Das bekräftigte AHS-Bundesvorsitzender Detlef Träbert als Festredner. „Allein schon die Beachtung der rechtlichen Vorschriften für Hausaufgaben durch die Lehrkräfte würde das häusliche Konfliktpotenzial mindern“, machte Träbert deutlich. Sie sollen in NRW 30 Minuten im 1./2. und 60 Minuten im 3./4. Schuljahr in der Regel nicht überschreiten, sollten von den Lehrkräften differenziert erteilt, an die Leistungsfähigkeit der Kinder angepasst und von diesen selbstständig bewältigt werden. Der Diplom-Pädagoge und Buchautor gab zahlreiche Tipps für größere Selbstständigkeit bei den Hausaufgaben: feste Zeiten, ein fester und gut aufgeräumter Arbeitsplatz, Ablaufritual, Lichtverhältnisse, richtiges Sitzen und ausreichend Bewegung beim Lernen, Pausen, Musik – kaum ein Stichwort fehlte im Vortrag und der sich anschließenden lebhaften Diskussion. „Kinder, denen Eltern bei der Bewältigung ihrer Hausaufgaben helfen, machen geringere Leistungsfortschritte als jene, die selbstständig arbeiten,“ war eine der wesentlichen Erkenntnisse, die die 100 Zuhörerinnen und Zuhörer mit nach Hause nahmen. Für eine sinnvollere Hausaufgaben-Praxis biete sich das Ansprechen der Thematik an Elternabenden, in Schulpflegschaft und Schulkonferenz an. Das sei Teil der konstruktiv-kritischen Partnerschaft zwischen Eltern und Lehrkräften, ohne die humane Schule nicht verwirklicht werden könne – und rechtlich vorgeschrieben sei es ohnehin.